

**10062/AB**  
Bundesministerium vom 24.05.2022 zu 10296/J (XXVII. GP)  
**bmj.gv.at**  
Justiz

Dr. <sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.  
Bundesministerin für Justiz

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

---

Geschäftszahl: 2022-0.228.036

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10296/J-NR/2022

Wien, am 24. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. März 2022 unter der Nr. **10296/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kostenübernahme für Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel durch Ihr Ministerium“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 3:**

- *1. Wie viele Wochen-, Monats- oder Jahreskarte für ein öffentliches Verkehrsmittel wurden seitens Ihres Ministeriums bisher für Ihre Mitarbeiter übernommen? Bitte um Auflistung nach Art der Karte (Wochen-, Monats- oder Jahreskarte) und Bundesländern, in denen die Mitarbeiter ihren Wohnsitz hatten.*
- *2. Wie viele dieser Karten waren Klimatickets? Bitte um Auflistung nach österreichweiten bzw. regionalen Klimatickets.*
- *3. Welche Kosten sind Ihrem Ministerium diesbezüglich bisher entstanden?*

Von Seiten des Bundesministeriums für Justiz wurden bisher keine Kosten für Wochen-, Monats- oder Jahreskarten öffentlicher Verkehrsmittel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übernommen.

Es wird jedoch derzeit an einem Pilotprojekt gearbeitet, um in Zukunft von der Möglichkeit des § 26 Z. 5 lit. b ESt Gebrauch zu machen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Kostenersatz für Dauerkarten öffentlicher Verkehrsmittel anzubieten.

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.

